

Antrag

14.06.2021

Regelmäßige Dialogforen zum Bahnausbau im Münchner Osten/Nordosten

Der BA13 fordert über die Landeshauptstadt München die verantwortlichen Ministerien in Bund und Land sowie die Bahn AG dringend auf, in einen bürgerfreundlichen und regelmäßigen Dialog zu treten – vergleichbar zu den Dialogforen im Inntal (zum Projekt Brenner-Basistunnel). Neben den vorgenannten Institutionen auf Landes- und Bundesebene sind auf kommunaler Ebene alle betroffenen Gremien und Verwaltungsstellen zu beteiligen (Stadtrat, BA 13/14/15, Mobilitätsreferat, Baureferat, Planungsreferat, etc.) und natürlich auch Vertreter*innen der seit Jahren in den Planungsprozess involvierten Bürger-/Anwohner-Initiativen. Auch einschlägige Initiativen und Vereine mit hohem fachlichen Kenntnisstand wie z. B. *pro Bahn* u.a. sollten in den Dialog-Prozess eingebunden werden. Die Dialogforen sollen mindestens einmal alle 6 Monate stattfinden und noch im laufenden Jahr 2021 beginnen.

Begründung:

Seit Jahren wird aufgrund erheblicher Betroffenheit in der Bevölkerung über den Bahnausbau im Münchner Osten/Nordosten diskutiert. Auch große Planungsvorhaben wie die städtebauliche Entwicklung im Münchner Nordosten sind wesentlich abhängig vom Ausbau des Schienennetzes in Richtung Flughafen und Nordring. Die bisherige Kommunikation von Seiten der Bahn und der Bundes-/Landesbehörden ist – schmeichelhaft ausgedrückt – deutlich verbesserungswürdig.

Angesichts der Tragweite des bevorstehenden Bahnausbaus für den künftigen Schienenverkehr einerseits und Betroffenheit der Bevölkerung im Münchner Osten/Nordosten andererseits ist es „höchste Eisenbahn“ für eine ganzheitliche, transparente und regelmäßige Kommunikation aller Beteiligten.

Im Inntal wurden ausführliche Dialogforen und Bürger*innenbeteiligung durchgeführt, deren Einwirkung auch maßgeblich zur Entscheidung für die violette Variante im Raum Rosenheim geführt hat. Es ist nicht ersichtlich, warum die Münchner*innen weniger in die Abläufe der Planungen der Bahn einbezogen werden sollten als die Gemeinden im Inntal. Eine einseitige Konsultationspolitik, wie aktuell von der Bahn praktiziert ist höchst unzureichend. Die damit verbundene Aussage „keine falschen Hoffnungen zu wecken“ kommt einer Herabwürdigung und Missachtung der Interessen der betroffenen Anwohner*innen und Kommunalgremien gleich.

Antragsteller*innen:

Samuel Moser, Angelika Pilz-Strasser, Petra Cockrell

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen